

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Postverandort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 88

Mittwoch, den 31. März 1937

Jahrgang 1937

Erfolge einer starken Zentralgewalt.

Die schlagkräftige und zielbewusste Staatsführung des Dritten Reiches.

Ab morgen Groß-Hamburg.

Reichsminister Dr. Frick über Bedeutung und Auswirkung des Gesetzes.

DNB Berlin, 30. März.

Am 1. April tritt das Gesetz Groß-Hamburg in Kraft. Ueber die Bedeutung dieses Gesetzes und seine Auswirkungen für die Zukunft äußerte sich der Reichs- und preussische Minister des Innern, Dr. Frick, der für den großen Plan des Neubaus des Reiches die Hauptarbeit leistet, in einem Gespräch mit einem Vertreter der „Berliner Morgenpost“. Der Minister behandelte zunächst die treibenden Ueberlegungen bei der Verabschiedung des Groß-Hamburg-Gesetzes, das den Abschluß einer langen geschichtlichen Entwicklung darstellt.

Er gab erläuternd einen geschichtlichen Rückblick der Entwicklung Hamburgs, das im Laufe der Jahrhunderte zum größten Welthafen Deutschlands emporwuchs. Im Jahre 1908 versuchte es durch den preussisch-hamburgischen Gebietsaustausch eine Vergrößerung seiner Basis zu gewinnen. Nach dem Weltkrieg kam eine Zeit des Niederganges, die erst nach der Machtergreifung Adolf Hitlers ein Ende fand. Alle Versuche in der Weimarer Zeit, die Frage Groß-Hamburg zu lösen, scheiterten. Im Jahre 1928 kam es sogar zum Abbruch der Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen, und erst das Jahr 1929 brachte eine unbefriedigende Teillösung durch die Bildung der hamburgisch-preussischen Hafengemeinschaft. Welche unfruchtbare Zustände in dieser Zeit bestanden, beweist allein der Umstand, daß Preußen bis zum Jahre 1932 wie eine fremde Macht ein „Generalatolant“ in Hamburg unterhielt. Das alles, erklärte Dr. Frick, ist mit dem Eintritt der Regierung Adolf Hitler gründlich anders geworden. Wir haben nun endlich eine starke Zentralgewalt des Reiches. Sie allein hat auch die Neuordnung im Gebiete der Niederelbe ermöglicht.

Erst dem Dritten Reich Adolf Hitlers blieb es vorbehalten, der alten Hansestadt Hamburg den nötigen Raum zu schaffen und sie damit in die Lage zu versetzen, jene Aufgaben zu bewältigen, die sie als der erste Welthafen des Reiches zu erfüllen hat.

Reichsminister Dr. Frick ging dann auf die wesentlichen Gründe ein, die zur Lösung des Problems Groß-Hamburg drängen. Diese Gründe, so betonte er, sind neben den verfassungsmäßigen Notwendigkeiten die hafenrechtlichen Schwierigkeiten. Hier war vor allem die Einheitlichkeit der Verwaltung notwendig geworden. Bisher umfaßte der Hamburger Hafenkomplex vier verschiedene Hafenanteile. Den Hafen von Hamburg, den Hafen von Altona, den Hafen des preussischen Staates in Harburg-Wehmsburg und die hamburgisch-preussische Hafengemeinschaft, so daß sich vier verschiedene Stellen mit der Hafenverwaltung, der Anstandhaltung und den Neubauten der Häfen usw. befassen mußten, was natürlich eine einheitliche Planung geradezu unmöglich machte. Aber auch die Verwaltung der Stromspaltungsgebiete der Elbe gelegenen Gemeinden entbehrt einer einheitlichen Spitze, was sich besonders mißlich in fließendbaulichen Hinsicht auswirkte.

Mit dem Gesetz über Groß-Hamburg ist das hafenrechtliche, verfassungsmäßige, verkehrsrechtliche, fließendbauliche und wirtschaftliche Durcheinander in diesem hafenpolitisch und volkspolitisch wichtigen Gebiet endgültig beseitigt. Die Bahn für die weitere wirtschaftliche Entfaltung des Hamburger Hafens und der mit ihm verbundenen Industrie ist endlich frei und die Schaffung ausreichender und gesunder Siedlungen für die Groß-Hamburger Bevölkerung ermöglicht.

Die Neuordnung im Raume Groß-Hamburgs kann bei dem Umfang des Problems und seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung nicht mit einem Schlage durchgeführt werden. Es sind viele Vorarbeiten dazu nötig. Deshalb sieht das Gesetz eine Zweiteilung der Maßnahmen vor.

Zum 1. April 1937 wird der Wirtschaftsrat im Stromspaltungsgebiet der Elbe zu einem einheitlichen Rat zusammengeschlossen. Spätestens zum 1. April 1938, also innerhalb eines Jahres, werden die gesamten, in diesem Raum gelegenen, bisher hamburgischen und preussischen Gebiete auch in ein einheitliches Gemeinwesen, eine einzige Stadtverwaltung, umgewandelt.

Damit wird auch die kulturelle Arbeit, ferner die parteipolitische und wirtschaftspolitische Gliederung, die bisher von verschiedenen Gauen und Wirtschaftskammern betreut wurde, eine einheitliche Arbeitsgrundlage im Gausgebiet Groß-Hamburg erhalten.

Ueber die zukünftige Verwaltung von Groß-Hamburg, dessen Einwohnerzahl von 1.218.000 auf 1.676.000 und dessen Gebiet von 415 auf 746 Quadratkilometer steigt, führte Reichsminister Dr. Frick u. a. folgendes aus:

Die Hansestadt Hamburg wird nach der kommunalen Neugliederung in noch größerem Abstand als bisher nach der Reichshauptstadt Berlin die größte Stadt des Reiches sein. Sie wird ein Selbstverwaltungskörper mit harter Eigenart werden insofern, als sie neben den großstädtischen Mittelpunkt weite Landgebiete in sich schließt. Die Verwaltung einer so großen Stadt bis in die letzten Einzelheiten von einer Zentrale aus bringt die Gefahr mit sich, daß die volkspolitische Verwaltung, die das wesentliche Ziel der nationalsozialistischen Kommunalpolitik ist, beeinträchtigt wird.

So sehr im Interesse von Groß-Hamburg die großen das Gesamtgebiet berührenden Fragen einheitlich ausgerichtet und zentral entschieden werden müssen, so sehr bedarf die Frage einer bezüglich gegliederten Verwaltung, etwa nach dem Muster von Groß-Berlin, sorgfältiger und gewissenhafter Prüfung. Dadurch könnte vor allem eine fruchtbarere ehrenamtliche Mitwirkung der Bürgerschaft in den einzelnen Bezirken der Gemeindeverwaltung erzielt und, von unten aufbauend, das Gemeinheitsgefühl in der Bürgerchaft gestärkt werden, daß es ihre Stadt ist, an deren Geschicke sie mitwirkt.

Am Schluß der Unterredung richtete der Vertreter des Blattes die Aufmerksamkeit des Reichsministers Dr. Frick auf die Besorgnisse einzelner Persönlichkeiten, die in Erinnerung an vergangene Ereignisse, z. B. in der Abtretung von Cuxhaven durch Hamburg an Preußen den Reim späterer Hafenstreitigkeiten sehen wollen. Reichsminister Dr. Frick erklärte, daß solche Besorgnungen unbegründet sind. Ganz abgesehen davon, daß die privatrechtlichen Besitzverhältnisse in den Gebieten von Cuxhaven und von Hamburg gewisse Sicherheiten bieten wird die Einführung einer neuen Kontrolle des Reiches bei allen Hafenbauten so hart sein, daß eigenbrätlerische Behauptungen dagegen nicht mehr aufkommen können. Solche Rückfälle in alte Gedankenengänge von Konkurrenz und Neid, ebenso wie das Gegeneinanderarbeiten verschiedener Amtsstellen in vergangener Zeit sind im Dritten Reich völlig abgeweg.

Nach jahrzehntelangen fruchtlosen Erörterungen in großen und kleinen Kommissionen während der Weimarer Zeit mit einer Flut von Denkschriften berufen und unberufenen Stellen haben wir binnen kurzer Frist das Problem Groß-Hamburg einer grundsätzlichen Lösung zugeführt. Auch die weitere Durchführung der sich daraus ergebenden Einzelmaßnahmen wird im nationalsozialistischen Deutschland in wenigen Monaten abgeschlossen sein.

Schlacht im Schlamm.

Ablösung im Artilleriefeld.

Von unserem Mitarbeiter in Spanien.
Von Tor Trijuque, im März.

Auf der Landstraße nach Aragon liegt der Schlamm. Mit einer handtischen Schicht überzieht er die glatte blaue Asphaltdecke dieser Landstraße, die Madrid über Guadalupe mit Saragossa und Barcelona verbindet und die im Verkehrsnetz Spaniens den ersten Rang einnimmt. Fünf Tage lang hat die Division, auf diesem Straßenstück gefahren, fünf Tage lang, in denen Hagel, Schnee, Regen und Nebel, der sich wie Eisbänke herabsenkte, fielen. Und heute ist Ablösung. Fünf Tage lang hat es kein warmes Essen gegeben, keinen Schlaf, keine Suppe, keinen Bohnenbrei, kein Stück Fleisch. Und dann fünf Tage Feuer, oder waren es nur fünf Stunden? Die Männer, die jetzt zurückkommen, wissen es nicht genau. Sie wissen nur, daß die Minuten so nahe verrannen wie Stunden, und daß ein Tag eine Ewigkeit schien.

Und dann haben sie die Erde kennengelernt. Zwei Drittel der jungen Freiwilligen hier hatten noch nie im Feuer gelegen. Es war ihre erste Taufe, und sie hatten nicht geglaubt, daß sie so gründlich werden könnten. Und dann haben sie sich in diesen fünf Tagen und in diesen fünf Nächten untereinander kennengelernt. Was weiß der Mann in der Doppelreihe von seinem Nächsten? Was weiß er von ihm, als daß er wie er selber ein Soldat ist, sein Gewehr und seinen Tornister trägt und zu Hause ein Mädchen hat, von dem er auf Post wartet und das die Strümpfe geordnet hat, die er sich für den Marsch noch über die anderen jog.

Rum wissen sie alle voneinander. Diese paar Tage haben die Jungen zusammengeschmiegt, und ein feiner, ein ganz anderer Keil, als man sich gedacht, ist der General. Als er vor fünf Tagen im Auto an ihnen vorbeifuhr, das vom grauen Volkwagen umrahmt, schaute über die Karte gebeugt, da schien er unendlich fern. Und heute, da haben sie ihn noch einmal gesehen. Am Rand der Straße, als man ihn in einen Wagen hob, mit einer Decke umwickelt wie die anderen Kameraden aus, denn der General war gefallen. Eine Fliegerbombe hat ihn und seinen Adjutanten getötet. Nun war er noch mehr einer der Ihren geworden als vor dem.

Dies und vieles andere steht auf den Gesichtern der Soldaten, die heute aus der Schlacht von Trijuque kommen, um in Ruhequartier zu gehen. An den Straßenrändern gehen die Neuen nach vorn. Ordentlich, wie es sich für eine Truppe, die an den Feind will, geziemt; Mann für Mann hintereinander im Gänsemarsch. Die von vorn kommen, haben andere Sorgen. Da führen zwei einen Hintenden; der hat eine Fuhrerleitung. Drei andere haben einen Bienen untergefaßt. Von seiner Stirn riecht das Blut. Die Ambulanzen sind überfüllt, die Straße verstopft, es geht nicht alles so schnell, wie man möchte. Aber sie hoffen ihn noch bis zu dem großen weißen Zelt mit dem roten Kreuz zu bringen. Diese Ablösung vollzieht sich ja unter den Augen des Feindes, unter den Augen seiner Artillerie, seiner Flugzeuge.

Die Granaten schlagen links und rechts von der Straße ein. In riesigen Fontänen werfen sie den schweren Regen viele Meter hoch. Die von hinten kommen, die Reutungen, gehen unwillkürlich in Deckung. Wie vor fünf Tagen ihre Kameraden, so sind heute von ihnen viele zum ersten Male im Feuer. Einen Einmarsch nehmen sie noch so persönlich, als gälte es nur gerade ihre Kompanie, ihrem Zug. Als dann die Flieger kommen, die „Katas“, wie die schnellen roten Apparate in Spanien genannt werden, bilden sie ungläubig nach oben und sehen gar nicht, daß die Kameraden, die von vorn kommen und die eben noch die Granate als etwas fast Gleichgültiges betrachtet haben, sich flüchtend verteilten und auf den Boden werfen.

sein. Das Beispiel Groß-Hamburg zeugt mit besonderer Eindringlichkeit für die schlagkräftige und zielbewusste Staatsführung des Dritten Reiches.

Ich bin überzeugt, so schloß Reichsminister Dr. Frick, daß die weitere Zukunft der alten stolzen Hansestadt Hamburg im Gleichschritt mit dem Wiederaufstieg des Reiches unter glücklichem Gelingen steht und eine leuchtende Entwicklung nehmen wird.

Der Führer und General Ludendorff.

DNB München, 30. März.

Zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Mißständen hat im Interesse des Volkes zwischen dem Führer und Reichsminister Adolf Hitler und dem Feldherrn General Ludendorff eine eingehende Aussprache stattgefunden, die auch das gewünschte Ergebnis erzielt hat.

Der Feldherr brachte darauf zum Ausdruck, wie er die rettende Tat des Führers und Reichsministers, den Versailleschandpakt Punkt für Punkt zerrissen zu haben, begrüßt hat, vor allem die Tatsache, daß Volk und Staat wieder wehrhaft und Herr am Rhein sind. Er sprach von seinem Willen für die seelische Geflossenheit des Volkes, um es zu ersten Aufgaben zu befähigen. Der Führer und Reichsminister sprach von seinen Erfahrungen und begrüßte es, daß das Dritte Reich und seine Wehrmacht nun wieder in vertrauensvoller persönlicher Fühlungnahme mit dem Feldherrn des Weltkrieges stünden, wie es einst das alte Heer im Weltkrieg und die Kämpfer des 9. November 1923 taten.

Dann prasselte von oben die ersten Salven aus den MG's, und gleich darauf zischen ein paar Bomben. Weiter hinten geht eine Stichflamme hoch; ein Munitionswagen ist getroffen. Am Feldspital haben die Ärzte zu tun. Auch sie sind seit fünf Tagen hier unter freiem Himmel. Kein Dorf ist nah; alles, selbst das Wasser, muß erst herangeschafft werden. Einer gibt mir die Hand. Sie ist eiskalt und zeigt Spuren von Frost in der weichen Nervenlinie des Armes. Jau! der Sturm. Chirurgen beugen sich über Rücken mit blühenden Instrumenten. Alles ist da. Ein Beißer nur, ein Stichwort, und der Sanitätsdienst tut den Handgriff, den er hundertmal geübt und in vielen Monaten erprobt hat. Manchmal reiten Sekunden ein Leben.

An der Mähe steht auch die erste Nachrichtenstation. Sie ist so gut getarnt, daß man sie selbst von unten kaum sieht. Viel weiter hinten befinden sich erst die schweren Geschütze und die Flakartillerie. Auch sie werden heute ausgeschleift. Die großen Zugmaschinen laufen über den Acker. Wie die Karren einer Kolonne von Goldschuhen stehen die mächtigen Fahrzeuge mit den Planen über den Dächern hintereinander auf der Straße und auf den Feldwegen. Sie sind alle sorgfältig mit Zweigen und Laub bedeckt, aber es sieht immer zu viele, und das Profil der Straße von oben zu deutlich sichtbar, als daß sie den in der Luft befindlichen Rundschaffern des Feindes verborgen bleiben könnten.

Das ist so eines der Probleme, das die Führer dort vorn immer wieder beschäftigt: Wie kann man motorisierte Abteilungen, den ganzen umfangreichen Wagenpark einer kriegsfähigen Division gegen Fliegerangriffe schützen? Wie kann man Zusammenballungen und Versammlungen auf der Straße vermeiden? Noch gibt es keine Flak-Abteilungen, die Transporte wirksam begleiten könnten. Oft werden Erfahrungen gleich ausgemerzt und führen zu Abfällen, die vieles verbessern. An manchen Stellen ist die große Straße durch Sprengungen unterbrochen.

Pioniere sind wacker am Werk; aber zaubern können sie auch nicht; und der Vormarsch kann nicht deswegen stoppen, weil Notbrücken nicht gleich in voller Straßenbreite ausgeführt werden können. Die kritischen Stellen sind ein paar hundert Meter vorher markiert. An den Telefonmasten längs der Straße werden die Fahrer auf die Verengung des Weges hingewiesen. Auf jeder Tafel eine andere Warnung. „Fahrer, haltet rechts!“ „Fahrer, haltet euch in der Reihe!“ „Fahrer, hier dürft ihr nicht überholen!“ Maßnahmen, die ihre Wirkung tun.

Oft fällt ein Wagen aus. Bei diesen Temperaturen in taufendem Regen über dem Meeresspiegel gefrieren das Kühlwasser, gibt es leicht Reibpannen. Der Hinterradmann weicht schon Bescheid. Er fährt vor, ein Drahtseil wird ausgeworfen und nimmt den invaliden Wagen ins Schlepp. Beim nächsten Halt wird der Schaden dann ausgebessert, und der Transport hat seine Unterbrechung erlitten.

„Kampf auf Leben und Tod“

Ein englischer katholischer Bischof gegen den Kommunismus.

London, 29. März.

In der Westminster-Kathedrale feierte der katholische Bischof von Hereford am Montag eine Messe. Dabei äußerte dieser führende Geistliche der katholischen Kirche in England klar und deutlich seine scharfe Ablehnung des Kommunismus, der schlimmer sei als irgend etwas, dem sich die katholische Kirche gegenüber gesehen habe. Vor uns liegt ein Kampf auf Leben und Tod zwischen Christenheit und den Antichristen, so schloß Bischof Rogers seine Ansprache.

Die deutsche Lehrerbildung.

I. Einheitlichkeit der Lehrerbildung
heute eine vollzogene Tatsache.

Während der letzten Wochen lief in den Räumen des Deutschen Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin eine pädagogische Ausstellung: „Lehrerbildung im Dritten Reich“. Diese zusammen mit den Hochschulen für Lehrerbildung vom Zentralinstitut veranstaltete Schau gab in ausgezeichneter bildhafter Darstellung einen bis ins einzelne gehenden Überblick über Wesen, Einrichtung und Arbeit der neuen Hochschulen für Lehrerbildung. Durch die Ausstellung wurde deutlich, daß die deutsche Lehrerbildung sich heute in einheitlicher Geflossenheit in das Gefüge des Gesamtbildungswertes eingliedert und damit ihre wichtige Aufgabe im Erziehungsplan des Staates voll erfüllt. Zwei Grundtatsachen gewährleisten diese neue Einheitlichkeit. Einmal liegt die gesamte theoretische und praktische Vorbereitung der künftigen Lehrergenerationen allein in den Händen der hierfür neu geschaffenen Hochschulen für Lehrerbildung. Zum anderen werden diese Hochschulen durch eine neue volks- und bodenverbundene Lebensform bestimmt, in der sie als enge, nationalpolitisch ausgerichtete Arbeitsgemeinschaft ihrer Lehrer und Lernenden im Dienst des Volksganges stehen.

II. Stufen der Entwicklung.

Welch einschneidende Wandlung sich hiermit vollzogen hatte, vermag ein Vergleich mit früheren Verhältnissen deutlich zu machen. Wie auf den anderen Gebieten unseres Bildungs- und Erziehungslebens, herrschte auch in der Lehrerbildung noch vor wenigen Jahren ein Zustand parteipolitisch bedingter Uneinheitlichkeit und Zersplitterung. Wohl hatte sich schon um die Jahrhundertwende das Seminar zur Grundform aller Lehrerbildungsstätten entwickelt. Im Verlauf der beiden folgenden Jahrzehnte erwies sich jedoch als zu starr und zu wenig entwicklungsfähig. Aus diesem Grunde sah sich 1923—1924 der Preussische Staat veranlaßt, entsprechend dem Artikel 143,2 der Weimarer Verfassung, der eine das gesamte Reichsgebiet erfassende einheitliche Lehrerbildung forderte, seine Seminare abzulassen.

Die Pädagogische Akademie bedeutete einen ganz entscheidenden Schritt vorwärts. Für den Anwärter des Lehrerberufs bestand nämlich vorher allgemein die Verpflichtung, vor dem Eintritt in das dreijährige Seminar die Klassen der ebenfalls drei Jahre beanspruchenden Präparanden-Anstalt, eine Art von Vorstufe des Seminars, zu durchlaufen. Infolge einer so langen Ausbildungszeit sah sich also schon der vierzehnjährige Schulkunde gezwungen, eine Berufsentscheidung für sich zu treffen, für die er durchaus noch nicht reif genug war.

Die unangenehmen Folgen dieses verfrühten Entscheidungszwanges blieben natürlich nicht aus. So konnte es geschehen, daß nach dem Verlauf von 1—2 Jahren Seminarzeit dem Seminaristen plötzlich eröffnet worden war, er sei zum Volksschullehrer nicht geeignet und daher augenblicklich sei am Plage. Ein so Betroffener geriet dann in eine äußerst schwierige Lage. Um einen anderen Beruf, etwa den eines Handwerkers, von Grund auf neu zu erlernen, war er inzwischen mit seinen 17—18 Jahren zu alt geworden. Andererseits waren ihm auch, falls Neigung und innere Eignung ihn zu einem akademischen Studium treiben mochten, die Porten der Hochschule versperrt. Seine im Seminar erlangte Vorbildung mit ihrer hauptsächlichlichen Beschäftigung auf die Elementarfächer Religion, Deutsch, Geschichte und Rechnen — die geringen Kenntnisse in der allein dort gelehrt Fremdsprache Französisch und in den naturwissenschaftlichen Fächern konnten ernstlich nicht mitzählen — reichte zum Studium nicht aus.

Mit dieser Einseitigkeit, die sich im Einzelfall zu ungewollter sozialer Ungerechtigkeit auswuchs, räumte die Pädagogische Akademie auf. Indem sie den Anfang der Lehrerbildung erst auf die Zeit nach dem Abitur verlegte, beseitigte sie den Nachteil der vorzeitigen Berufsentscheidung mit allen ihren unheilvollen Folgen.

Die Pädagogische Akademie blieb freilich auf preussisches Gebiet beschränkt. Andere Länder, wie Sachsen, Thüringen, Hessen, dazu die Stadt Hamburg, folgten nicht dem Beispiel Preußens, sondern gliederten ihren Hochschulen eigene wissenschaftlich pädagogische Institute an. Bayern

*) Wir weisen in diesem Zusammenhang auch auf das Sonderheft „Lehrerbildung im Dritten Reich“ der vom Deutschen Zentralinstitut herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Volkserziehung“ hin.

und Württemberg lehnten sogar jede Änderung des Bestehenden überhaupt ab und behielten die ursprünglichen Seminarformen bei. — Zweifellos hatte ein jeder dieser Lehrstätten-Typen manche neue Anregung gegeben und innerhalb seiner Grenzen erfolgreiche pädagogische Arbeit geleistet. Aber die eigentliche Durchschlagkraft und die dauernde Wirkungsmöglichkeit in die Tiefe und Breite des Volkes fehlte diesem vielseitigen, in sich gespaltenen Bildungssystem des Zwischenreiches durchaus.

III. Charakter, Grundlagen und Ziele der Hochschulen für Lehrerbildung.

Mit der Gründung der Hochschulen für Lehrerbildung wurde die Lösung der schwierigen Frage nach dem Schicksal des deutschen Lehrernachwuchses zum ersten Male vom Reich her tatsächlich und einheitlich in Angriff genommen und durchgeführt. Sämtliche Lehrerbildungsanstalten der Spitzzeit verschwanden und machten der für alle Reichsländer in gleichem Maße verbindlichen neuen Hochschule Platz.

Von vielleicht noch größerer Bedeutung und Tragweite als die organisatorische Neuordnung durch die Hochschule ist ihre durchgreifende Umgestaltung der inneren Struktur der Lehrerbildung. Hier trat noch immer der altüberkommene tiefe Riß zwischen den einzelnen Bildungswegen. Durch die Anordnung, daß die Anwärter der höheren Schule gemeinsam mit ihren Berufskameraden der Volkshochschule die gesamte Schulung der beiden ersten Hochschulsemester durchmachen müssen, wurde die Kluft zwischen beiden überbrückt. Seitdem erhalten alle Anwärter die gleiche nationalpolitische Ausrichtung und die sie unterbauenden und festlegenden weltanschaulichen Grundlagen ihrer Bildung und Erziehung. Diese Grundlagen, die sich teils aus der Gegebenheit der neuen Lebensform der Hochschule mit ihren Neuerungen im Gemeinschaftsverband, teils aus den einzelnen Kenntnissen und Erfahrungen des wissenschaftlichen und berufspraktischen Unterrichts ergeben, bestimmen zugleich auch das Ziel der Hochschule für Lehrerbildung. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, tüchtige Lehrer und Erzieher der deutschen Jugend heranzubilden, die von starkem Verantwortungsbewußtsein gegen Volk und Staat, gegen die menschlichen und nationalpolitischen Forderungen unserer deutschen Gegenwart beseelt sind, und die dieses Bewußtsein auch in lebendig wirksamer Tat umsetzen.

Soll dieses Ziel voll und ganz erreicht werden, so müssen drei unerlässliche Vorbedingungen erfüllt sein. Erstens die feste Verwurstenheit des Lehrerstudenten mit der staatschöpferischen Idee unseres Reiches und allen ihren Ausdrucksformen in der Bewegung. Zweitens eine verständnisvolle Kenntnis der Lebensbedingungen unseres Volkes, d. h. der Lehrerstudient bedarf der ständigen innigen Verührung mit den Volksgenossen, vor allem mit den Menschen und mit der Landschaft seines späteren, vielfach ländlichen Wirkungsgebietes. Dazu kommt als dritte, nicht weniger wichtige Bedingung die tiefgehende Einsicht in die schicksalhafte Lage des deutschen Raumes, ihres geschichtlichen Verfalls und ihrer Zukunft.

Zum Zeichen seiner nationalpolitischen Kampferischen Grundhaltung gehört jeder Junglehrer einer Gliederung der Bewegung an und steht während seines Aufenthaltes in der Hochschule dauernd im „Dienst unter der Fahne“. Das Gleiche gilt auch von allen seinen Dozenten. Die notwendige innere Verbundenheit zwischen dem künftigen Erzieher und der in der Bewegung aktiven Jugend zeigt sich auf manche Weise. Da der in der Hochschule eintretende Jungmann normalerweise der Hitler-Jugend angehört, kommt es häufig vor, daß er nach vollendeter Lehrerausbildung erneut in diese Gliederung zurücktritt, um darin bald in führender Stellung tätig zu sein. Andererseits etwa ist den abgehenden Schülern der neugegründeten Adolf-Hitler-Schulen kraft der erwarteten besonders eindringlichen Schulung durch sie der Eintritt in die Hochschulen für Lehrerbildung leichter gemacht als anderen Jungen.

Die beiden anderen Hauptgehaltspunkte nationalpolitischer Ausrichtung werden im Plane der neuen Hochschule gleichfalls weitgehend berücksichtigt. Wie weit die Einrichtung der Hochschule in ihrer eigenen inneren und äußeren Struktur ihnen zu entsprechen vermag, dafür ist die Grenzlandhochschule Hirschberg in Schlesien ein vorbildliches Beispiel. Durch ihre Verlegung aus der Stadt Halle in die Landschaft der schlesischen Hügelländer gibt sie ihren Studenten reiche Gelegenheit, in unmittelbarem Austausch mit ihrer menschlichen und landschaftlichen Umwelt sich eine genaue lebensvolle Erkenntnis des künftigen, meist ländlichen Arbeitsbereiches zu verschaffen. Andererseits vermittelt diese Schule ihnen ein aus eigenem Erleben kommendes Verständnis der Not unserer schwer um ihr Volkstum ringenden Grenzlande und damit die heute unbedingt erforderliche aktive volkspolitische Denkhaltung.

Dr. Hans Rolf Sprengel.

Verwendung von Speichergas ab 1. April genehmigungspflichtig.

DNB Berlin, 30. März.

Der Einführung von Speichergas als Treibstoff kommt im Rahmen des Vierjahresplanes eine besondere Bedeutung zu. In der 10. Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes wird daher, um den Verbrauch von Speichergas der Erzeugung anzupassen, bestimmt, daß die Verwendung vom 1. April 1937 ab einer besonderen Genehmigung bedarf. Der Antrag auf Erteilung dieser Genehmigung ist an die zuständige Zulassungsstelle zu richten. Dem Antrag sind bei bereits zugelassenen Kraftfahrzeugen der Kraftfahrzeugbesitzer oder

„Bedeutsamer Beitrag zur Festigung des europäischen Friedens.“

Glückwünsche des Führers an Prinz Paul und Mussolini.

DNB Berlin, 29. März.

Aus Anlaß des Abschlusses des Belgrader Abkommens hat der Führer und Reichsführer sowohl dem Prinzregenten Paul von Jugoslawien als auch dem italienischen Regierungschef seine Glückwünsche durch die deutschen diplomatischen Vertreter aussprechen und dabei zum Ausdruck bringen lassen, daß der Führer in diesem Abkommen einen bedeutsamen Beitrag zur Festigung des europäischen Friedens erblickt.

Freudiges Echo in Italien.

DNB Rom, 30. März.

Die italienisch-jugoslawische Verständigung und der damit gesicherte „Adria-Friede“ haben auch nach den Osterferien ununterbrochen im Mittelpunkt der italienischen Presse, die sich ausschließlich über die Aufnahme des „Adria-Friedes“ und seine politischen Auswirkungen im Ausland berichtet. Besonders Beachtung finden die Glückwünsche, die der Führer und Reichsführer Adolf Hitler anlässlich der Unterzeichnung des italienisch-jugoslawischen Abkommens dem italienischen Regierungschef und dem Prinzregenten Paul von Jugoslawien auf diplomatischem Wege übermittelte.

Diese Stellungnahme des Führers, so bemerkt der Berliner Vertreter des „Popolo di Roma“, bekräftigt in vollem Umfange die spontane Einstellung der deutschen Öffentlichkeit, die ohne jeden Vorbehalt das Zustandekommen der italienisch-jugoslawischen Verständigung aufgenommen und darin den Abschluß einer Periode des Mißtrauens und der gegenseitigen Mißverständnisse begrüßt habe, der nicht nur den beiden Staaten, sondern auch der Verbrüderung und Festigung Europas zutriften kommen werde.

Auch die norditalienische Presse verzeichnet die Glückwünsche des Führers mit großer Genugtuung und betrachtet sie als neuen Beweis für die Wirksamkeit der deutsch-italienischen Zusammenarbeit und Festigkeit der Achse Rom-Berlin.

Weitere günstige Auswirkungen.

DNB Belgrad, 29. März.

Der jugoslawisch-italienische Vertrag wird über die von Graf Ciano bekanntgegebenen Zustände an die jugoslawische Minderheit in Italien hinaus noch ein weiteres Entgegenkommen in ihren Wünschen zur Folge haben. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, wird dieses folgende Punkte umfassen: Der jugoslawi-

schischen Minderheit in Italien soll wieder eine eigene Presse gestattet werden, der Gebrauch der jugoslawischen Sprache soll bei Gottesdiensten und religiösen Handlungen unbehindert bleiben, Privatunterricht und kulturelle Vereinigungen sollen wieder bewilligt werden.

Die jugoslawische Presse begrüßt die zu erwartende Besserung der Lage der jugoslawischen Minderheiten als eine der zahlreichen positiven Auswirkungen der jugoslawisch-italienischen Verständigung.

Hohe italienische Ordensauszeichnung für Prinzregent Paul.

DNB Belgrad, 30. März.

Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut eines vom König von Italien, Kaiser von Äthiopien, an den Prinzregenten Paul gerichteten Telegramms, in welchem dieser dem Prinzregenten mit den herzlichsten Worten den höchsten italienischen Orden, den „Cavaliere del Santo Spirito“, verleiht. Der König und Kaiser bittet den Prinzregenten, diese Auszeichnung als Ausdruck der aufrichtigen Freundschaft anzunehmen, die ihn mit dem Prinzregenten, mit dessen Familie sowie mit Jugoslawien verbinde.

Auch Rumänien möchte ein Abkommen mit Italien.

DNB Bukarest, 30. März.

König Carol empfing am Dienstag den Ministerpräsidenten und den Außenminister in gemeinsamer Audienz. Die rumänische Öffentlichkeit ist geneigt, aus dieser Audienz auf die Bedeutung zu schließen, die man der Rumänien-Rumänien-Konferenz beilegt. Die rumänische Öffentlichkeit ist geneigt, die Festlegung des Standpunktes des Rumänien bei der Belgrader Tagung einzunehmen.

Die rumänische Presse befaßt sich auch weiterhin mit den Auswirkungen des italienisch-jugoslawischen Abkommens auf die kleine Entente. Der „Universul“ veröffentlicht einen Artikel, in dem an die Schwierigkeiten erinnert wird, die einer Einigung zwischen Jugoslawien und Italien im Wege standen und die dennoch durch den politischen Willen und den Tatkraften Mussolinis überbrückt werden konnten. Aus dem Artikel scheint das Bedauern hervorzugehen, daß nicht auch Rumänien, das seine Meinungsverschiedenheiten mit Italien hat, den gleichen Weg der Einigung beschreiten konnte. Gleichzeitig wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Mussolini selbst die Möglichkeiten zu einem Abkommen auch mit Rumänien und vielleicht mit der gesamten kleinen Entente finden wird, wie es der „Universul“ überhaupt für zweckmäßig gehalten hätte, wenn von Anfang an ein Abkommen zwischen der gesamten kleinen Entente und Italien angestrebt worden wäre.

Die Verfassungskrise in Indien.

Bisher nur zwei Provinzregierungen zustande gekommen.

DNB London, 30. März.

In Indien sind bisher lediglich in Bengalen und Sind Provinzregierungen zustande gekommen. In Bengalen wird die Regierung von einer Koalition, bestehend aus der Bauernpartei, den Moslems und einigen unabhängigen Gruppen unterstützt. In Madras hat im Auftrag des Gouverneurs der frühere stellvertretende Gouverneur Breddy den Auftrag zur Regierungsbildung angenommen. In der Provinz Drissa hat sich der Gouverneur an den Maharadscha von Parla Rimbdi mit der Bitte gewandt, ihn bei der Regierungsbildung zu unterstützen. In den vereinigten Provinzen schließlich haben die Moslems im Laufe des Ostermontags sich bereit erklärt, den Versuch zu unternehmen, eine Provinzregierung zu bilden. Auch in den Zentralprovinzen hat man sich nach der Weigerung der Kongresspartei an einen früheren stellvertretenden Gouverneur gewandt. Dieser hat sich jedoch noch nicht entschieden. In der Provinz Bihar sind ebenfalls Verhandlungen mit den Moslems über eine Regierungsbildung im Gange. In Bombay versucht der Finanzminister der früheren Regierung die Regierungsbildung.

Sollte es nicht gelingen, innerhalb der nächsten Tage Regierungen zustande zu bringen, so würde, wie man in London allgemein annimmt, den Gouverneuren die Vollmacht gegeben werden, alle notwendigen gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Arbeiten durchzuführen, wobei der Gouverneur dann lediglich die Zustimmung des Generalkommandanten abgeben würde. Derartige Vollmachten würden normalerweise jedes Monate laufen, könnten aber durch das britische Parlament auf ein Jahr, notfalls sogar auf drei Jahre verlängert werden.

Gandhi erklärte einem Vertreter des „Daily Herald“ zur neuen indischen Verfassungskrise, die britische Regierung habe der Autonomie ein Ende bereitet. In Indien werde nun nicht mehr eine Regierung der Mehrheit der Bevölkerung amtiert, sondern eine Regierung des Schwertes. Gandhi bekräftigte, daß die britische Regierung die Forderung der Kongresspartei, die Gouverneure sollten von ihnen Sonderrechte keinen Gebrauch machen, nicht angenommen habe. So könne es ihm doch, als habe die britische Regierung wieder einmal ohne eine Zustimmung gebracht, die sie feierlich gegeben habe, heimlich zugestimmt. Gandhi gegenüber einem Vertreter des „Daily Express“:

eine Beschreibung des Jahresgeschehens durch die Herstellerfirma mit den entsprechenden Angaben beizufügen. Bei Zulassung sind dem Antrag außerdem eine Bescheinigung des Kraftfahrzeugbesitzers, daß ein Standort ausreichende Bezugsmöglichkeiten vorhanden sind, und Angaben über den Verwendungszweck des Kraftfahrzeuges, den Zeitpunkt der voraussichtlichen Inbetriebnahme und den ungefähren Jahresbedarf an Speichergas beizufügen.

Die Genehmigung zur Verwendung von Speichergas wird im Kraftfahrzeugbesitzbrief vermerkt. Für Kraftfahrzeuge, die am 31. März 1937 bereits für den Betrieb mit Speichergas eingerichtet waren, gilt die Genehmigung als erteilt. Die Vorschriften der Reichstrabantenverkehrsordnung über die erforderliche erneute Betriebszulassung wird hierdurch nicht berührt.

Blomberg Vertreter des Führers in London.

Die deutsche Abordnung zu den englischen Krönungsfestlichkeiten.

DNB Berlin, 30. März.

Der Führer und Reichsführer hat mit seiner Vertretung bei den Krönungsfestlichkeiten in London den

Generalfeldmarschall von Blomberg beauftragt. Der deutschen Delegation gehören außerdem der Kommandierende Admiral der Marineinfanterie der Nordsee, Admiral Otto Schulze, und der Generalmajor der Luftwaffe Stumpf an.

Freundliche Londoner Stimmen.

DNB London, 30. März.

Sämtliche Abendblätter geben in großer Aufmerksamkeit die amtliche deutsche Meldung wieder, wonach Generalfeldmarschall von Blomberg den Führer bei der englischen Krönung vertreten wird. Sie nehmen die Ernennung des Reichsfeldmarschalls freundlich auf. So weist „Evening News“ darauf hin, daß von Blomberg eine große Rolle bei dem Wiederaufbau des deutschen Wehrmacht gespielt habe und daß er sich des höchsten Vertrauens des Führers erfreue, dessen Sprecher er bei vielen wichtigen Gelegenheiten gewesen sei. Generalfeldmarschall von Blomberg spreche sehr gut englisch. Sein natürlicher Charme und seine Freundlichkeit würden ihm während seines Londoner Besuches eine allgemeine Volksstimmlichkeit sichern.

Phantastische Erfindungen.

Scharfe Zurückweisung eines „Times“-Berichtes aus Abdis Abba durch die Agentur Stefani.

DNB Rom, 30. März.

In einem amtlichen Dementi der Agentur Stefani wird ein von der „Times“ am Dienstag veröffentlichter Bericht aus Abdis Abba über die dortige Lage als „eine Reihe phantastischer Erfindungen“ scharf zurückgewiesen. Die Behauptung, wonach 200 italienische Soldaten und Milizangehörige ausgewiesen worden seien und Marschall Graziani immer noch im Krankenhaus liege, sei ebenso falsch wie die „Times“-Angabe über Brandstiftungen über italienische Opfer, die durch italienische Kugeln gefallen seien, oder über Maßnahmen gegen nicht-italienische Handelshäuser. In Wirklichkeit seien nur solche ausländische Firmen geschlossen worden, die unter dem Vorwand der Handelsverflechtung Spionage gegen Italien trieben. Alle diese Behauptungen seien, wie die Agentur Stefani hinzusetzt, in Dischibuti oder London fabriziert worden.

Auch der Direktor des „Giornale d'Italia“ wendet sich in seinem Leitartikel gegen die Behauptungen der „Times“ und betont in Uebereinstimmung mit der Stefani-Meldung, daß der Bischof Marschall Graziani bereits seit geraumer Zeit vollkommen wiederhergestellt sei. Im Übrigen beruft sich das halbamtliche Blatt auf das Gentlemen's-Agreement, das Italien solange als möglich dem Geist und Inhalt nach einhalten wolle und stellt dann die Frage: „Was aber will England? Welche neue Störung der Beziehungen mit Italien wird dort erwogen und vorbereitet?“

Moskaus Hand in der englischen Rüstungsindustrie.

DNB London, 30. März.

Der konservativen „Morning Post“ erscheint der Streit in der Rüstungsindustrie als Bedenken in Glasgow bedenklich. Das Blatt glaubt nicht daran, daß der Streit auf sozialistischen Gründen beruhe, sondern vermutet dahinter politische Gründe. Die Tatfrage, daß Vertreter der Streikenden an der Tagung der unabhängigen Arbeiterpartei teilnahmen und sich dort rühmten, eines der größten Rüstungswerke zum Stillstand gebracht zu haben, führe zu der Annahme, daß bösartige Kräfte im Werke seien. Unter Hinweis auf die aussehenderen Bedenken von Cripps, der vor einiger Zeit die Beziehungen der Rüstungsindustrie zu Streiks aufzoferte, appelliert die „Morning Post“ an die Gewerkschaften, die nun zu zeigen hätten, ob sie Autorität besitzen und ehrlich seien. Die Gewerkschaften hätten sich nicht nur zur Wiederaufnahme bekannt, sondern hätten auch jeden Versuch abgelehnt, aus einer nationalen Zwangslage finanzielle Vorteile zu ziehen. Zum Schluß warnt die „Morning Post“ davor, sich Forderungen zu beugen, die aus politischen Gründen erhoben würden.

Sowjetrucker ohne Saat.

DNB Moskau, 30. März.

Die „Lah“ bringt eine weitere Meldung, aus der die katastrophale Unzulänglichkeit der Frühjahrsaussaat in der Sowjetunion hervorgeht. In der Ukraine heißt es u. a., daß im Dnepropetrowsker Gebiet erst vier Viertel der Vorkultursaat ausgelegt worden sei. Die ganze Ukraine lasse sich ungeheuer viel Zeit mit den Feldarbeiten und die Aussaat gehe hier ausnahmslos unzulänglich langsam vor sich. In den nördlichen Gebieten der Ukraine hätten die Kollektivwirtschaften überhaupt noch nicht mit den Frühjahrsarbeiten begonnen.

Die Blätter nehmen mit größter Erregung von diesen Vorgängen Kenntnis und knüpfen hieran scharfe Kommentare.

Apfelsinen für Tanks.

Sowjetrussisch-spanisches Handelsgeschäft.

DNB Moskau, 30. März.

Wie die TASS bekanntgibt, sind von Sowjetrußland bei den spanischen Bolschewisten große Mengen von Apfelsinen und Zitronen angekauft worden. Zwei Dampfer mit insgesamt über 50.000 Äpfeln und Zitrusen sind in Odessa ausgeladen worden. Daraus sind bereits die ersten Partien in Moskau eingetroffen.

Die Meldung veranlaßt, daß die großen Lieferungen von Süßfrüchten als Gegenleistung für spanische Bolschewisten für die Sowjetrussische Waffenhilfe aufzufassen ließen. Wie teuer diese Hilfe dem Sowjetbürger zu stehen kommt, geht aus den Preisen für die Süßfrüchte hervor. Die Apfelsinen werden zum Preise von 1,50 bis 2,50 Rubel und die Zitronen für 1 bis 2 Rubel das Stück verkauft. Dem Sowjetrussischen Durchschnittsbürger wird also dieser „Gruß der spanischen Bolschewisten“ gar nicht gelten, da in dem kapitalistischen Sowjetrußland nur hochbezahlte Parteifunktionäre solche Preise zahlen können.

Lawinenkatastrophe in den Karawanken.

Neun Tote, 10 Schwerverletzte.

DNB Belgrad, 30. März.

Bei einem Sturmtief, den der slowenische Alpenverein Neumarkt in den Karawanken veranstaltet, wurden 28 Skifahrer von einer riesigen Lawine erfaßt. 19 von ihnen konnten mit mehr oder weniger schweren Verletzungen gerettet werden, die übrigen scheinen tot zu sein. Zwei Leichen wurden bereits geborgen. Bei den Teilnehmern an dem Wetslauf handelt es sich durchweg um Arbeiter der Neumarkter Industriewerke.

Raubüberfall aufgeklärt.

Der Täter erhängt sich.

RWD Reddinghausen, 30. März.

Wie bereits gemeldet, wurde am 1. März auf einem Kassenboten der Ruhrknappschaff in Hülfs im Kreis Reddinghausen ein dreifacher Raubüberfall ausgeführt, wobei dem Täter ein Betrag von 20.000 RM in die Hände fiel.

In den frühen Morgenstunden des Dienstags konnte nun der Täter in Dortmund-Wetterfild bei Mengebe von der Reddinghäuser Kriminalpolizei festgenommen werden. Bei dem Täter handelt es sich um den 34-jährigen Josef Ringau, der bei seinen Eltern in Wetterfild beschäftigt war. Ringau leistete bei seiner Festnahme verzweifelte Widerstand, konnte aber von den Kriminalbeamten überwältigt und in das Gefängnis Mengebe eingeliefert werden. Während die Beamten mit der Durchsuchung seiner Wohnung beschäftigt waren, wobei der größte Teil des geraubten Geldes, und zwar über 17.000 RM, vorgefunden und sichergestellt wurde, machte Ringau durch Erhängen seinem Leben ein Ende.

Die Eltern des Ringau wurden festgenommen. Anwohner, die an der Tat beteiligt sind, müssen die weiteren Erhebungen der Kriminalpolizei ergeben.



Anhe

Nummer 8

Fu
des 7

Ohne es zu für den jeben a lien und Zugos fchr viel Zutrre Ausbreitung nach dem W Vertrages, d trages um. egoistisch einge lungen, der sich schlieen, droh Delfled. Wel die allu stürmisch und Gefahren zu ebenso wie die zweiseitigen Ver Delfled auf den reichs so hoch ge in der Tat mülht ler Delmohe der freudig begrüßen

Wie steht es stoßen wir auf fchscholowate nis. England gib Valt in Deutschl Balkanbundes, e allen Zweifeln v angelegten Feitel Dr. Benesch's in lische Reben geba daran, aus der h auch nicht daran, Freundschaft mit nur, sich nicht e frei zu halten.

In der italie Presse werden von schen der Politik und später Pafisch und fidenten Dr. St ging trotz aller nen Jahre 1924 um dort einen J schließten, der all Spannungen sein stark zu früh. Der Unabhängigle zeichnen, wie se präsent und Al konnte. Nicht nu schaftspolitische lamente die Oppo gewordenen frül wilde Angriffe g nach wie vor unt Stellung Etadab Nicht zuletzt auch nischen Führers wegen der Vortei in Italien aus de hat zwar nicht in der Form eine Ciano vor der P Verwaltungswoge hinsichtlich des S slowenischen Spr geräumt worden tische Gefangene gnadigt.

Wenn Dr. S reist, werden die schaftsverhandlung stehen. Italien be der jugoslawische die Sanktionspol nicht nur wieder Maß hinaus zu jugoslawische Aus legt Wein, der werden kann als Abriktische.

In dem Abri lung der alba an, daß zwtischen Uebereinkommen wien die besonde erkennt. Es sollt dem Valt bereits Genland statt Verhältnis zwisch leichnungen für Aniel Abodos zu schen Italien und den, die zum Ab